



Haus Europa am Kunstwanderweg in Eschlkam. Quelle: Waldschmidt, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Eine europäische Sicherheitsarchitektur nach dem Ukrainekrieg? Friedenspolitische Alternativen

von Malte Lühmann

Inhaltsverzeichnis

1. Die bedrückende Gegenwart erfordert linke Alternativen.....	2	5. Elemente einer alternativen Sicherheitsarchitektur zwischen Europa und Russland	7
2. Positionen zum Ost-West-Verhältnis nach diesem Krieg	2	5.1 Vertrauensbildende Maßnahmen	
2.1 Position A: „Andauernde Konfrontation“		5.2 Rüstungskontrolle und Transparenz	
2.2 Position B: „Regime Change“		5.3 Gemeinsame Institutionen	
2.3 Position C: „Neue Entspannungspolitik“		5.4 Abrüstung	
3. Staat, Sicherheit, Frieden? – Ausgangspunkte linker Politik	4	5.5 Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit	
4. Vom Konzept gemeinsamer Sicherheit zu Ukrainekrieg und Zeitenwende.....	5	5.6 Friedliche Außenpolitik	
		6. Friedenspolitik heute – Vorangehen in schwierigem Gelände.....	9

1. Die bedrückende Gegenwart erfordert linke Alternativen

Der Krieg in der Ukraine ist weiterhin in vollem Gange. Die russischen Streitkräfte setzen ihren Angriff unvermittelt fort und halten große Teile des Nachbarlandes besetzt. Die ukrainische Armee tut ihr Möglichstes, dem Angriff zu widerstehen und erhält dafür Unterstützung vor allem in Form umfangreicher Waffenhilfe von EU und NATO. Europa und seine Nachbarn sind damit aktuell noch weiter von Frieden und „gemeinsamer Sicherheit“ entfernt, als lange zuvor. Wann und unter welchen Bedingungen dieser heiße Krieg ein Ende finden wird, ist aus heutiger Sicht unabsehbar. Angesichts der täglich steigenden Opferzahlen und des unermesslichen Leids der Bevölkerung in den zerstörten Dörfern und Städten der Kampfzone aber auch im Rest der Ukraine und auf der Flucht steht zu hoffen, dass es möglichst schnell zu einer Lösung kommt.

Wie auch immer diese Lösung kurzfristig aussehen mag, schließt sich auf mittlere Sicht die Frage an, wie nach diesem Krieg ein dauerhafter Frieden und eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa zu organisieren sind. Die Herausforderungen und Gefahren, denen eine Antwort auf diese Frage begegnen muss, sind vielfältig und keineswegs auf die Situation der Ukraine und auf das Verhältnis zwischen EU/NATO und Russland beschränkt. Ob und wie weitere kriegerische Eskalationen in der Region zukünftig vermieden werden können, betrifft auch andere Konfliktlagen, wie die zwischen Serbien und dem Kosovo oder zwischen Griechenland und der Türkei. Dazu kommt die Rolle europäischer Akteur:innen in benachbarten Regionen, allen voran Afrika und dem Nahen Osten sowie auf globaler Ebene im Rahmen einer zunehmend umkämpften Weltordnung und damit im Verhältnis zu Akteur:innen wie den USA und China. Über all dem ragt die atomare Bedrohung auf, die zuletzt durch die Modernisierung von Atomwaffenarsenalen unter anderem in Frankreich und den USA sowie die Stationierung russischer Atomwaffen in direkter Nähe zur NATO inklusive offener Drohungen, diese einzusetzen, drastisch verschärft wurde.¹ Jenseits dieser Gefahren machen die Klimakatastrophe und die gesellschaftlichen Katastrophen von sozialer Ungleichheit, Armut und Hunger die Chancen vieler Menschen auf ein sicheres Leben unmittelbar zunichte.

Doch auch wenn wir die Perspektive auf die Frage nach Frieden und Sicherheit in Europa verengen, sind alternative Konzeptionen dringend notwendig. Nimmt man die Wortmeldungen aus der herrschenden Politik zu diesem Thema ernst (s.u.), dann wird sich eine zukünftige Sicherheitsarchitektur Europas wesentlich auf den Ausbau militärischer Fähigkeiten mit einem erhofften Abschreckungseffekt stützen und in geopolitischer Gegnerschaft zu einem dauerhaft bedrohlichen Russland befinden. Eine solche Konfrontationslogik beinhaltet keine Ansätze zur Deeskalation und dürfte kaum dazu geeignet sein, eine dauerhafte Friedenssituation herzustellen. Bestenfalls werden rational handelnde Akteur:innen dadurch zeitweise von direkten militärischen Angriffen abgeschreckt. Einem solchen prekären nicht-Krieg mit all seinen gesellschaftlichen Folgen (anhaltende Militarisierung, permanenter Aufrüstungsdruck, Versicherheitlichung vieler Politikbereiche, ständige Eskalationsgefahr, etc.) sind aus linker Perspektive alternative Konzepte entgegen zu stellen. Die Formulierung solcher Alternativen erfordert vier Schritte: 1) Ein Blick auf aktuell öffentlich wahrnehmbare Positionen, um den Debattenraum einzuschätzen, in dem sich linke Argumente bewähren müssen; 2) Eine friedens- und sicherheitspolitische Perspektivenbestimmung, die klar macht, von welchem Stand-

punkt aus hier argumentiert wird; 3) Eine Bestandsaufnahme der historisch-politischen Ausgangslage, an der alternative Konzeptionen für die zwischenstaatliche Politik ansetzen müssen; 4) Konkrete Alternativen und Vorschläge für Schritte in Richtung einer neuen Friedensordnung.

2. Positionen zum Ost-West-Verhältnis nach diesem Krieg

Die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen EU/NATO und Russland ist ungewiss. Aus naheliegenden Gründen konzentriert sich die öffentliche Debatte meist auf das unmittelbare Kriegsgeschehen in der Ukraine. Darüber hinaus gibt es aber durchaus sowohl Wortmeldungen zur mittelfristigen Perspektive des Ost-West-Verhältnisses als auch politische Schritte zu seiner Gestaltung, die es näher zu betrachten gilt. Die Bandbreite dieses politischen Umfelds lässt sich beispielhaft durch drei Positionen skizzieren, die von unterschiedlichen Akteur:innen in die Debatte eingebracht werden.

2.1 Position A: „Andauernde Konfrontation“

Unter dieser Überschrift lassen sich Wortmeldungen zusammenfassen, die von einer andauernden Konfrontation zwischen EU/NATO und Russland ohne Aussicht auf Annäherung ausgehen. Angesichts der Eskalation bis hin zum Ukrainekrieg scheint sich die etablierte Politik in Europa für die greifbare Zukunft auf diese Sichtweise einzustellen. In Deutschland mahnt neben Politikern anderer Parteien etwa Joschka Fischer, der Elder Statesman der Grünen und als ihr erster Außenminister Annalena Baerbocks Vorläufer, eine eigenständigere „geopolitisch orientierte EU“ an, die Russland als einer „dauerhaften Sicherheitsbedrohung“ begegnet: „Die alte Formel ‚Sicherheit gibt es nur mit Russland‘ gilt nicht mehr. Es wird eine dauerhafte Sicherheitsbedrohung geben, die von Russland ausgeht. [...] ‚Sicherheit vor Russland‘ wird die Zukunft bestimmen müssen.“²

Der französische Präsident Emmanuel Macron spricht in diesem Zusammenhang von „strategischer Autonomie“ und „militärischer Souveränität“, welche Europa erreichen müsse. Im sogenannten „Strategischen Kompass“ der EU wurden diese Elemente 2022 noch vor dem Ukrainekrieg zur offiziellen Doktrin erhoben.³ Auch Macron stellt die Notwendigkeit einer dauerhaften Verteidigung gegen Russland in den Mittelpunkt: „Ein Europa der Verteidigung, ein europäischer Pfeiler innerhalb der NATO, ist unerlässlich. Das ist der einzige Weg, um für uns selbst glaubwürdig zu sein [...]. Denn ob wir es wollen oder nicht, unsere Geographie wird sich nicht ändern. Wir werden am gleichen Ort leben, und Russland wird Russland bleiben, mit den gleichen Grenzen und der gleichen Geografie. Wir müssen einen Raum schaffen, der morgen dieser Raum des dauerhaften Friedens sein muss, weil die Rechte des ukrainischen Volkes respektiert worden sind und das Völkerrecht wiederhergestellt worden ist. Dieser Raum muss es uns ermöglichen, so friedlich wie möglich mit Russland zusammenzuleben - aber ohne Naivität [eigene Übers., ML].“⁴ Am weitesten geht EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in dieser Argumentationslinie, wenn sie den Angriff Russlands auf die Ukraine als einen Wendepunkt bezeichnet, den es für ein geeinteres Europa zu ergreifen gelte: „Die Geschichte ist in Bewegung. Putin wollte die Ukraine für Russland einnehmen. Er rechnete damit, dass die Europäische Union dies einfach akzeptieren würde. Stattdessen hat sich die Ukraine tapfer gewehrt und schlägt ihn zurück. Und wir in Europa stehen zu Recht und unerschütterlich an der Seite

der Ukraine. Wir werden diesem entscheidenden Moment der Geschichte gerecht. [...] Dies ist der Moment, den es zu ergreifen gilt, um ein geeinteres Europa zu schmieden. Vielen Dank und lang lebe Europa [eigene Übers., ML].⁴⁵

Ergänzend zu diesen Positionen gibt es Stimmen, die auch in einem andauernd konfrontativen Verhältnis die Notwendigkeit von Diplomatie sehen. Der profilierteste Vertreter dieser Position in Deutschland ist Wolfgang Ischinger, ehemaliger Diplomat und langjähriger Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz. In Bezug auf die Zukunft der OSZE äußerte er sich im Juni 2023 wie folgt: „Wer an die langfristigen Herausforderungen einer künftigen stabilen und nachhaltigeren europäischen Sicherheitsarchitektur denkt, der wird in der Tat Sicherheit vor Russland anstreben müssen. Abschreckung allein wird freilich kaum Stabilität schaffen. Man kann dabei die Harmel-Doktrin der Nato aus dem Kalten Krieg als Beispiel anführen: so viel Verteidigung und Abschreckung wie nötig und so viel Dialog und Kooperation wie möglich. Für eine solche Doppelstrategie bedarf es aber einer tragfähigen institutionellen Absicherung.“⁴⁶ Eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur gegen Russland könnte in diesem Szenario demnach auch durch die Wiederaufnahme von minimalen Dialogkanälen nach Art des Kalten Krieges ergänzt werden.

2.2 Position B: „Regime Change“

Eine andere Position nehmen jene ein, die meinen Frieden mit Russland sei ohnehin nicht zu erreichen, solange Wladimir Putin regiert. An diese Annahme schließen sich Hoffnungen auf einen regime change an, der neben der Figur Putin auch das politische System beseitigen soll, das er anführt. In Deutschland wird diese Position etwa von Stefan Meister, Leiter des „Zentrums für Ordnung und Governance in Osteuropa, Russland und Zentralasien“ der DGAP vertreten.⁷ Entsprechende Überlegungen bekamen im Juni 2023 kurzfristig Aufwind, als der Chef der Wagner-Gruppe, Jewgeni Prigoschin seine kurzlebige Meuterei gegen die russische Militärführung durchführte. Von westlichen Regierungen wird diese Position öffentlich meist vermieden, mutmaßlich aus Sorge vor den politischen Verwerfungen, die in Russland nach dem Abtritt Putins auftreten könnten.⁸ Auch wenn ein regime

change als Strategie insbesondere in den USA intensiver diskutiert wird, scheint sich diese Position damit bisher nicht durchzusetzen.⁹ Ein Russland ohne Putin bleibt demgegenüber die politische Orientierung relevanter Teile der russischen Opposition im Exil, namentlich vertreten durch Michail Chodorkowski.¹⁰

Im Gegensatz zu einem Umsturz an der Spitze, wäre eine Umwälzung der politischen Machtverhältnisse in Russland von unten z.B. durch Streiks und eine populäre Massenbewegung gegen den Krieg aus linker Perspektive sicherlich wünschenswert. Linke Bewegungen in Russland sind allerdings unter den aktuellen Bedingungen einer Diktatur weit von diesem Punkt entfernt, wie der russische Autor und Aktivist Ilya Budraitskis klarstellt: „Die Frage ist, ob die russische Gesellschaft einen Wandel vollziehen kann, der ernsthaft genug ist, um eine neue Art von Politik hervorzubringen, und auch, was die Linke selbst in Bezug auf die Entwicklung des Landes nach Putin zu bieten hat. Dies ist die Hauptaufgabe, vor der die Linke derzeit steht, ebenso wie jede andere Oppositionsgruppe in Russland, und das bedeutet, dass das, was sie jetzt tut, weitgehend auf lange Sicht und nicht auf unmittelbare Wirkung angelegt ist [eigene Übers., ML].“¹¹ Während insbesondere die linke Antikriegs-Opposition in Russland unbedingt Unterstützung verdient, scheint die Hoffnung auf eine durchgreifende progressive Veränderung der Machtverhältnisse in Russland aber aktuell gering.

2.3 Position C: „Neue Entspannungspolitik“

Eine dritte Position wird vor allem in Deutschland von verschiedenen Initiativen und einzelnen Politiker:innen vorwiegend aus links-sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen vertreten. Sie plädieren für eine neue Entspannungspolitik, explizit nach dem Vorbild der Erfahrungen in den 1960er bis 1980er Jahren und der Politik von Willy Brandt und Egon Bahr.¹² Ihr erklärtes Anliegen ist zunächst ein sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine und baldige Friedensverhandlungen, die in Richtung einer gemeinsamen Sicherheitsordnung in Europa weiterentwickelt werden sollen. In dieser Sichtweise käme es mittelfristig zu einer Einhegung der Konfrontation durch eine Politik des Interessensausgleichs zwischen Russland und dem Westen



Willy Brandt (hier im März 1970 bei einem Treffen mit Willi Stoph) war einer der wichtigsten Vertreter der Entspannungspolitik. Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-J0319-0010-002 / Sturm, Horst / CC-BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

auf sicherheitspolitischer Ebene, ohne zentrale Gegensätze aufheben zu wollen.¹³ Unmittelbar vor Beginn des Ukrainekrieges äußerten sich auch regierende Politiker:innen wie der französische Präsident Emanuel Macron in eine ähnliche Richtung.¹⁴ Seither wird diese Position in der etablierten Politik allerdings nur noch von einzelnen Abgeordneten vertreten. Auch wenn die Forderung nach sofortigen Friedensverhandlungen im Ukrainekrieg angesichts des unvermindert fortschreitenden Krieges radikal erscheinen kann, sind die Zielsetzungen einer neuen Entspannungspolitik darüber hinaus doch eher moderat zu nennen. Eine umfassende Friedenspolitik, die sich auch mit den gesellschaftlichen Ursachen grundlegender Konflikte auseinandersetzt und z.B. eine konsequente Abrüstung einschließt, ist aus den entsprechenden Wortmeldungen nicht herauszulesen. Diese Position stellt sich damit gegen eine andauernde Konfrontation, ohne damit eine weitergehende friedenspolitische Perspektive zu entwickeln.

Keine der dargestellten Positionen kann aus linker Perspektive als Zielstellung für eine europäische Friedenspolitik vollends überzeugen. Sei es, weil sich darin die herrschende Eskalationslogik fortsetzt (Position A), weil sie keine auf die eigene Gesellschaft gerichtete Handlungsperspektive für linke Akteur:innen im Westen bietet (Position B) oder weil die angestrebte Politikänderung kaum über die Beendigung des aktuellen Krieges hinaus weist (Position C). Im Kontext dieser Debatten und Vorschläge gilt es also eigene Positionen zu entwickeln.

3. Staat, Sicherheit, Frieden? – Ausgangspunkte linker Politik

Bei der Diskussion von Alternativen zu aktuellen und zukünftigen Sicherheitsarchitekturen ist grundsätzlich Vorsicht geboten, denn sie beziehen sich gezwungenermaßen auf die Verhältnisse zwischen Staaten und auf deren Handeln. Der Staat als Bezugspunkt linker Außen- und Friedenspolitik ist aber in mehrfacher Hinsicht problematisch.¹⁵ Es gilt daher einiges zu bedenken, wenn linke Politik in diesem Kontext trotzdem eine „Staatsperspektive“ einnimmt.

Erstens dürfte grundsätzlich unstrittig sein, dass die staatlich abgesicherte, globale kapitalistische Ordnung selbst eine wichtige, wenn nicht die zentrale Quelle von Unsicherheit und Krieg ist.¹⁶ Wesentliche Ursachen für Kriege in der kapitalistischen Weltordnung ergeben sich aus der Expansions- und Konkurrenzlogik des Kapitals. Diesen Zusammenhang haben sowohl die klassische Imperialismustheorie als auch ihre späteren Aktualisierungen aufgezeigt.¹⁷ Staaten nutzen Gewalt bis hin zum Krieg demnach als Machtmittel zur Durchsetzung der in ihnen verdichteten Interessen und zur Aufrechterhaltung der globalen Ordnung. Angesichts verschärfter imperialistischer Mächtekonkurrenz etwa zwischen Russland und der EU, den USA und China, sowie der multiplen Krisen¹⁸ des Gegenwartskapitalismus steigt die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte zwischen Staaten weiter. Es handelt sich dabei zwar zunächst um ein allgemeines Prinzip, aus dem der nächste Krieg nicht unausweichlich abgeleitet werden sollte. Trotzdem macht dieser Punkt deutlich, wie beschränkt und gleichzeitig zerbrechlich jede Sicherheitsarchitektur zwischen Staaten im Kapitalismus ist.

Zweitens bringt die Frage nach einer zwischenstaatlichen Sicherheitsarchitektur einen Sicherheitsbegriff mit sich, der eng auf die Sicherheit der Staaten abzielt und nicht primär auf die Sicherheit der Menschen, die in ihnen leben. Sicherheit in diesem Sinne wird meist über die Unverletzlichkeit von Territorium und Grenzen sowie die politische Unabhängigkeit von

Staaten definiert.¹⁹ Dieser Sicherheitsbegriff liegt auch dem Gewaltverbot der UNO-Charta (Artikel 2, Abs. 4) zugrunde, in der jegliche Androhung und Anwendung von Gewalt geächtet wird, die sich gegen diese Aspekte von Staatlichkeit richten. Dieses Verständnis von Sicherheit soll in erster Linie zwischenstaatliche bewaffnete Konflikte verhüten und orientiert sich im Wesentlichen an der Aufrechterhaltung des Status quo in den internationalen Beziehungen.

Unter dem Eindruck blutiger innerstaatlicher Konflikte, Bürgerkriege und Menschenrechtsverbrechen in Jugoslawien, Somalia und Ruanda in den 1990er Jahren begannen einzelne Regierungen und schließlich die UNO einen veränderten Sicherheitsbegriff zu entwickeln, der stärker auf die Sicherheit von Individuen vor Menschenrechtsverletzungen innerhalb eines Staates abzielte (und gleichzeitig dabei half, die nach dem vermeintlichen Ende des Ost-West-Konfliktes kurzzeitig in Frage stehende Beibehaltung umfassender Armeen zu legitimieren). Dieser Wandel des Sicherheitsbegriffs auf internationaler Ebene ist zum einen in das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ eingeflossen, das eine große Bandbreite von militärischen, ökologischen, ökonomischen und sonstigen Bedrohungen für das Überleben, die Lebensführung und Würde von Menschen in den Blick nimmt.²⁰ Zum anderen wurde im Rahmen der UNO ab Ende der 1990er Jahre eine neue Doktrin diskutiert, die sog. „Schutzverantwortung“ (responsibility to protect, kurz R2P).²¹ Beide Konzepte betonen die Verantwortung der Staaten für das Wohlergehen ihrer Bevölkerungen. R2P erklärt zusätzlich eine Verantwortung der UNO und ihrer Mitglieder dort einzugreifen, wo Staaten gegen diese Verantwortung grob verstoßen, womit letztlich ein regelbasierter Rahmen für militärische Interventionen geschaffen werden soll. Am Konzept der Schutzverantwortung gibt es vielfältige Kritik.²² Zu den weitgehendsten Kritikpunkten zählt, dass R2P den militärischen Umgang mit Unsicherheit vor anderen Optionen bevorzugt und dass das Konzept im Rahmen einer von Ungleichheit geprägten globalen Ordnung ein Machtmittel darstellt, das mächtige Akteur:innen privilegiert und ihre Handlungen legitimiert.²³ Zumindest auf EU-Ebene wurde auch das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ eng umgedeutet, um militärische Interventionen im europäischen Interesse zu begründen.²⁴

Ohne hier weiter ins Detail gehen zu können wird klar, dass angesichts dieser Probleme und Kritiken weder der klassische staatsbezogene Sicherheitsbegriff noch der neue erweiterte Sicherheitsbegriff eine geeignete Grundlage für progressive Alternativen bieten. Demgegenüber eröffnet die kritische Sicherheitsforschung eine andere Sichtweise, indem sie das Ziel von Sicherheit genauer untersucht und neu bestimmt.²⁵ Sicherheit ist demnach ein Mittel, um Menschen individuell und als Gruppe die freie Wahl zu eröffnen, wie sie leben möchten. Die Menschen müssen dazu von den grundlegenden Notwendigkeiten des Überlebens und der reinen Bewältigung von Bedrohungen befreit werden. Sicherheit bezieht sich in diesem Sinne auch auf die Befreiung von herrschaftlich auferlegten Zwängen. Sie ist damit insgesamt weitergedacht, als in einem bloß militärischen Verständnis der Abwehr von Bedrohungen. Die kritische Sicherheitsforschung ist sich an dieser Stelle mit der kritischen Friedensforschung einig, dass eine Alternative zur bestehenden Sicherheitsarchitektur nicht nur auf die Abwesenheit von Krieg und damit die Stabilisierung der Verhältnisse im Kapitalismus ausgerichtet sein kann. Angesichts der strukturellen Gewalt²⁶, die diesen Verhältnissen innewohnt, hat die kritische Friedensforschung die Idee des „positiven Friedens“ entwickelt, die „eine fortschreitende Zurückdrängung der gewaltsamen Regulierung

gesellschaftlicher Verhältnisse“ insgesamt beinhaltet.²⁷ Es geht also um die Transformation von Gesellschaft in einem fortschreitenden Prozess. Eine Friedensordnung, die sich an diesem Begriff orientiert, sollte über die Verhinderung von Krieg hinaus die Voraussetzungen schaffen, um eine solche Transformation voranzutreiben.²⁸ Progressive Politik muss dementsprechend über die Herstellung von Sicherheit und Frieden im herkömmlichen Sinn hinausgehen.

Ganz praktisch ist es drittens nicht zuletzt angesichts aktueller Machtverhältnisse äußerst fragwürdig, inwiefern sich Ziele linker Außen- und Friedenspolitik überhaupt in staatliches Handeln übersetzen lassen. Allgemein beschreibt Ingar Solty dieses Problem treffend wie folgt: „Wenn linke Politik also glaubt, mithilfe des (kriegführenden) Staates linke Werte und Ziele umsetzen zu können, dann missversteht sie die Funktionsweise des Staates im Kapitalismus, der auf der Grundlage der in ihm zu politischen Projekten verdichteten Klasseninteressen handelt.“²⁹ Linke (Außen-)Politik, die dennoch eine „Staatsperspektive“ einnimmt, sollte daher nicht von der Illusion motiviert sein, ihre Vorschläge absehbar tatsächlich in verändertes staatliches Handeln umsetzen zu können.

Das Aufzeigen von Alternativen zur herrschenden Politik kann trotzdem in zweierlei Hinsicht nützlich und wirksam sein. Zum einen zeigen solche Überlegungen mögliche Zukünfte auf, die politischem Handeln auch jenseits der Ebene des Staates eine Orientierung geben können. Sehen wir zum Beispiel den Abbau von Feindbildern als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu friedlichen Gesellschaften an, so lässt sich daran auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene über Grenzen hinweg und ohne Rückgriff auf den Staat arbeiten. Zum anderen drückt das Denken in konkreten Alternativen einen Widerspruch zur oftmals erklärten Zwangsläufigkeit staatlichen Handelns aus. Dadurch lässt sich die Legitimität entsprechender Entscheidungen mit Verweis auf greifbare Alternativen in Frage stellen.

Aus diesen drei Aspekten ergibt sich eine neue Positionsbestimmung in der Diskussion von Alternativen zur herrschenden Sicherheitsarchitektur. Erstens sollte diese nicht nur auf die Prävention von Krieg abzielen, sondern zumindest die Voraussetzungen beinhalten, um die Transformation von Gesellschaften voranzutreiben. Sicherheit ist dabei nicht eng als Sicherheit zwischen Staaten zu denken und damit auch nicht militärisch zu erreichen. Zweitens ist die Befreiung der Menschen von Zwängen ein breiteres Ziel und letztlich nur durch gesellschaftliche Veränderungen umsetzbar, die über die herrschenden Verhältnisse des globalen Kapitalismus hinausgehen. Drittens mahnt der Blick auf die herrschenden Machtverhältnisse zur Zurückhaltung bei der Einnahme einer „Staatsperspektive“ und lässt es notwendig erscheinen, politische Handlungsfelder jenseits des Staates zu erschließen.

4. Vom Konzept gemeinsamer Sicherheit zu Ukrainekrieg und Zeitenwende

Neben einer Positionsbestimmung erfordert das Nachdenken über alternative Politiken ein realistisches Bild der Ausgangslage. Zentral in diesem Bild ist der Zerfall der früheren Sicherheitsarchitektur, die gegen Ende des Kalten Krieges schrittweise in Europa installiert worden war und deren letzter Sargnagel der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die darauffolgende „Zeitenwende“ darstellen. Ein Verständnis der historischen Entwicklungen (einschließlich der Fehler bisheriger Politik, die zu diesem Scheitern geführt haben) erlaubt es, Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Den Ausgangspunkt eines solchen Rückblicks bildet das vor-

läufige Ende der Ost-West-Konfrontation durch den Zusammenbruch von Sowjetunion und Warschauer Pakt Anfang der 1990er Jahre. Diese Ereignisse öffneten kurzzeitig ein Gelegenheitsfenster, in dem eine nachhaltige Entspannung möglich schien. Dies war auch der Fall, weil diesen Entwicklungen die Etablierung von Elementen einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur zwischen beiden Seiten vorausgegangen war, die weiter hätten ausgebaut werden können. In den 1970er und 1980er Jahren begannen Ost und West verschiedene Verträge zur Rüstungskontrolle und zur Begrenzung weiterer Aufrüstung sowohl in Bezug auf atomare als auch auf konventionelle Waffen auszuhandeln. SALT I (1972), ABM-Vertrag (1972), SALT II (1979), INF-Vertrag (1987), KSE-Vertrag (1990), START 1 (1991) und 2 (1993) waren Ergebnisse solcher Verhandlungen. Parallel normalisierten beide Seiten ihre zwischenstaatlichen Beziehungen und etablierten gemeinsame Foren zum politischen Austausch, ausgehend von der ersten „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) im Jahr 1973, die später in die Gründung der OSZE (1995) überführt wurde (der sog. „Helsinki-Prozess“). Weitere Schritte beinhalteten die Aufnahme Russlands in den Europarat (1996) und die gegenseitigen Konsultationen zwischen Russland und der NATO seit 1991, die schließlich bis zur Gründung des NATO-Russland-Rates (2002) weiterentwickelt wurden. Im Kontext dieser Verhandlungen und Verträge schufen die beteiligten Akteur:innen ein Konzept gemeinsamer Sicherheit: „Beide Seiten brauchen Sicherheit, nicht vor dem Gegner, sondern mit dem Gegner. Eigene Sicherheit kann nicht auf Kosten der Sicherheit des Gegners erreicht werden.“³⁰

Während diese Entwicklungen auf internationaler Ebene hoffnungsvoll schienen, wurde der postsowjetische Raum in den 1990er Jahren in den globalen Kapitalismus integriert. Damit waren schwerwiegende wirtschaftliche, soziale und politische Folgen in Russland und den anderen betroffenen Gesellschaften verbunden. Massive Privatisierungen und eine plötzliche und weitgehende Liberalisierung der Wirtschaft in der Regierungszeit von Boris Jelzin (1991-1999) führten zur Verarmung großer Teile der Bevölkerung, während es einer neuen sozialen Gruppe von „Oligarch:innen“ gelang, erhebliche Teile der privatisierten Wirtschaft unter ihre Kontrolle zu bringen.³¹ Angesichts des ökonomischen Niedergangs, der politischen Macht der Oligarch:innen und politischer Krisen einschließlich des ersten Tschetschenienkriegs (1994-1996) übernahmen schließlich Ende der 1990er Jahre die sog. „Silowiki“ (einflussreiche Mitglieder der Geheimdienst- und Militärapparate) zunehmend politische Machtpositionen bis hin zur Wahl von Wladimir Putin zum Präsidenten im Jahr 1999.³² In der Folgezeit nahm der Staat wieder eine aktiver koordinierende Rolle in der Wirtschaft ein, mit dem



Die Präsidenten Bush und Gorbatschow bei der Unterzeichnung des Strategic Arms Reduction Treaty (START) im Kreml.



Ziel mehr ökonomische und politische Stabilität zu erreichen. Für die anschließende Konsolidierung der Machtverhältnisse in Russland unter Präsident Putin bildete ein erstarkender Nationalismus den ideologischen Unterbau.³³ Eine konservativ-revisionistische Ideologie gegen die Auflösung der Sowjetunion als Großmacht, gegen autoritär durchgesetzte neoliberale Wirtschaftsreformen und generell gegen die untergeordnete Integration Russlands in den globalen Kapitalismus, entstand in den 1990er Jahren und entwickelte sich zum autoritären Nationalismus, der die „Rettung“ Russlands als souveräne Großmacht zum Ziel hat.³⁴

Diese inneren Verwerfungen standen in engem Zusammenhang zur außen- und sicherheitspolitischen Lage des postsowjetischen Russlands. Denn mit dem Ende der Blockkonfrontation wählte sich der Westen als Sieger der Geschichte, angeführt von den USA als einzig verbliebene Supermacht. Ihre Rolle als Hegemon der Weltordnung stellten die USA im Rahmen der Kriege gegen den „Schurkenstaat“ Irak (2. Golfkrieg 1991), in Jugoslawien (ab 1991) und in den folgenden „humanitären Kriegen“ unter Beweis.³⁵ In Europa begann die NATO aus dieser Position heraus und entgegen vorheriger Absprachen mit der russischen Regierung ihr Bündnis nach Osten zu erweitern.³⁶ So wurden 1999 zunächst Polen, Tschechien und Ungarn Mitglieder der NATO, weitere Staaten folgten. Parallel durchlief auch die EU mehrere Osterweiterungsrunden, so dass Staaten wie Polen, Ungarn oder Estland, die vorher ökonomisch eng mit Russland bzw. der Sowjetunion verflochten waren, nunmehr Teil des europäischen Wirtschaftsraums wurden.³⁷ Das westliche Bündnisgebiet rückte damit sowohl militärisch als auch wirtschaftlich zum Teil bis an die russische Grenze heran. Ein 2008 in Berlin unterbreiteter Vorschlag des damaligen russischen Präsidenten Dimitri Medwedew für einen neuen „europäischen Sicherheitsvertrag“, der einen „Gewaltverzichtspakt“ innerhalb der OSZE und Abrüstungsschritte beinhalten sollte, verhallte derweil weitgehend ungehört.³⁸ Spätere russische Forderungen nach Sicherheitsgarantien wie zuletzt 2021 unmittelbar vor Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine gingen angesichts der fortgeschrittenen Eskalation umso mehr ins Leere.³⁹

Teil dieser Entwicklungen war auch eine Erosion der gegenseitigen Rüstungskontrolle und nuklearen Abrüstung.⁴⁰ Schon im Jahr 2002 kündigten die USA den ABM-Vertrag, um ungehindert ein strategisches Raketenabwehrsystem entwickeln und installieren zu können – vorgeblich zur Abwehr möglicher iranischer Angriffe. Der INF-Vertrag über die Begrenzung von Mittelstreckenraketen wurde 2019 von den USA im Streit um neue russische Marschflugkörper gekündigt. New START, der Nachfolger von START 2 zur Begrenzung strategischer Nuklearwaffen, wurde erst 2021, nach zahlreichen Komplikationen

von Seiten der USA, verlängert, um dann 2022 im Kontext des Ukrainekrieges von Russland ausgesetzt zu werden.⁴¹ In ähnlicher Weise zerfielen die Vereinbarungen zur Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) angesichts neu geschaffener Realitäten durch die NATO-Osterweiterung und den Streit über politische und territoriale Zugehörigkeiten von Georgien, Moldau und nicht zuletzt der Ukraine.⁴²

Und es blieb nicht bei gekündigten Verträgen, gegenseitigen Warnungen und zunehmenden Militärmanövern. Das Verhältnis zwischen EU/NATO auf der einen und Russland auf der anderen Seite wurde auch durch die Kriege der 1990er, 2000er und 2010er Jahre geformt. Auf der einen Seite stehen dabei die „humanitären Kriege“ von USA und NATO, insbesondere die Interventionen in den Jugoslawienkriegen, in Afghanistan (2001ff.), der Irakkrieg (2003ff.), der Krieg in Libyen (2011) und die Intervention der USA in den Syrienkrieg (seit 2014). Der Westen demonstrierte in diesen Kriegen seine Bereitschaft, die eigene Weltordnung gewaltsam durchzusetzen – im Zweifelsfall auch unter Bruch des geltenden Völkerrechts und unter Umgehung der UNO. Auf der anderen Seite stehen die Versuche des russischen Staates mit militärischer Gewalt die eigene territoriale Integrität, die angestrebte Rolle als globale Macht sowie die Kontrolle über die eigene Nachbarschaft gegen prowestliche Souveränitätsbestrebungen und den Zugriff der NATO durchzusetzen. Der zweite Tschetschenienkrieg (1999-2009), die russische Intervention im Syrienkrieg (seit 2015) und der Militäreinsatz gegen den gewaltsamen Versuch Georgiens, die abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien wiederanzugliedern (2008), sind hier zu nennen. Schließlich wurde die Ukraine zum zentralen Feld der Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen, indem beide Seiten massiv versuchten Einfluss auf die politische Orientierung des Landes nach Ost oder West zu nehmen, ein Konflikt der schon 2014 in den noch begrenzten Krieg in der Ostukraine mündete.

Am vorläufigen Ende der beschriebenen Entwicklungen steht der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 und infolgedessen die nunmehr offen erklärte Gegnerschaft zwischen Russland und EU/NATO. Diese offene Gegnerschaft wird in Deutschland zusammen mit der begleitenden beispiellosen Aufrüstungsspirale zurecht als „Zeitenwende“ bezeichnet. Wie der Blick zurück gezeigt hat, wechselten die politischen Vorzeichen aber schon seit dem Beginn der 2000er Jahre von „gemeinsamer Sicherheit“ auf erneute Konfrontation. Das hing mit der untergeordneten Integration der postsowjetischen Staaten in den globalen Kapitalismus und den damit einhergehenden sozialen Verheerungen, mit der von der russischen Regierung als Bedrohung betrachteten Ausbreitung westlicher ökonomischer (EU) wie militärischer (NATO) Bündnisysteme nach Osten sowie mit dem Aufkommen eines revisionistischen Nationalismus in Russland zusammen. Für die Frage einer zukünftigen Sicherheitsarchitektur in Europa unter Berücksichtigung Russlands bedeutet das vor allem zwei Dinge: Erstens sollte sich der Aufbau von Vertrauen nicht nur auf die militärische Ebene beziehen. Auch ökonomische Aspekte und insbesondere die Gegensätze, die sich aus der Position der Staaten in der Weltwirtschaft ergeben, müssten im Verhältnis zwischen EU/NATO und Russland aktiv mit dem Ziel des Ausgleiches bearbeitet werden. Zweitens sind die Vereinbarungen der früheren Sicherheitsarchitektur nie über den Punkt der Rüstungskontrolle und begrenzung hinausgekommen. Substantielle Schritte zur tatsächlichen Abrüstung, die einen erneuten Rückgriff auf militärische Gewalt zumindest schrittweise weiter erschwert hätten, sind auf beiden Seiten ausgeblieben.

5. Elemente einer alternativen Sicherheitsarchitektur zwischen Europa und Russland

Aktuell besteht große Dringlichkeit, Konzepte für eine neue Sicherheitsarchitektur zu entwickeln.⁴³ Die Perspektiven sind dabei auch in der gesellschaftlichen Linken zumeist unmittelbar auf den Krieg in der Ukraine konzentriert. Der Krieg wird aber auch als Anlass genommen, diese Frage grundsätzlicher zu beantworten, wobei wir an vielen Stellen auf frühere Vorschläge und Debatten zurückgreifen können. Dabei sind verschiedene teils überschneidende Themen relevant, die insgesamt eine alternative Sicherheitsarchitektur in Europa ausmachen könnten. Diese Überlegungen setzen allerdings in mittlerer Zukunft an und stellen kein Rezept zur Beendigung des aktuellen Krieges in der Ukraine dar. Wie ein Übergang von der Beendigung des russischen Angriffskrieges hin zu Friedensverhandlungen aussehen könnte, hat an anderer Stelle z.B. Martina Fischer beschrieben.⁴⁴

5.1 Vertrauensbildende Maßnahmen

Am Anfang jeder Form der Verständigung gilt es, ein Mindestmaß an Vertrauen in die gegenseitige Verlässlichkeit zu schaffen, auf dessen Grundlage weitergehende Verhandlungen erst aufgenommen werden können. Hier läge der Übergang von einem wie auch immer gestalteten Waffenstillstand im Ukrainekrieg hin zu weiterführenden Schritten. Frühere Vereinbarungen zwischen Russland und der Ukraine, wie das Getreideabkommen oder der Austausch von Gefangenen und von sterblichen Überresten getöteter Militärangehöriger wären Anknüpfungspunkte für diplomatische Gespräche, die potentiell unter Einbeziehung weiterer Akteur:innen (z.B. China) ausgeweitet werden könnten.⁴⁵ Die (Wieder-)Eröffnung von direkten Kommunikationskanälen zwischen Russland und der NATO sowie die Wiederbelebung bestehender Dialogforen insbesondere in der OSZE wären weitere Schritte in diese Richtung.⁴⁶ Die Verhinderung von Zusammenstößen etwa im Luftraum über der Ostsee oder dem Schwarzen Meer oder auch die Ankündigung von Truppenbewegungen und Manövern waren in der Vergangenheit grundlegende Ausgangspunkte für eine solche Kommunikation (und im Übrigen auch Inhalt der oben erwähnten Medwedew-Initiative von 2008). Ausführlichere Forschung zu vertrauensbildenden Maßnahmen aus den 1980er Jahren hat insbesondere unterstrichen, dass es sich um einen langwierigen Prozess handelt, der nicht nur auf militärische und sicherheitspolitische Bereiche beschränkt ist.⁴⁷ Vielmehr fließen die gegenseitigen Erfahrungen auf verschiedenen politischen Feldern in das Bild der Glaubwürdigkeit des anderen ein. Seit den 2000er Jahren ist das Misstrauen zwischen Russland und dem Westen wesentlich aufgrund gebrochener Zusagen, Täuschungen und des Bruchs internationalen Rechts gewachsen (s.o.). Es wird Jahre dauern vor diesem Hintergrund ein Mindestmaß an Glaubwürdigkeit herzustellen. Eine wichtige Grundlage zur Vertrauensbildung zwischen den Staaten sollte dabei die Einhaltung des Völkerrechts sein, das beim Angriff auf die Ukraine, bei der russischen Annexion der Krim und von Teilen der Ostukraine, aber auch im Kosovokrieg (1999) und im Irakkrieg (2003) gebrochen wurde.⁴⁸

5.2 Rüstungskontrolle und Transparenz

Zu den Kernbereichen der Vertrauensbildung gehören Maßnahmen, die Transparenz über Waffensysteme und militärische Kapazitäten herstellen. Diese dienen in erster Linie der Risikobegrenzung und damit der Stabilität des zwischenstaatlichen Verhältnisses.⁴⁹ Entsprechende Vereinbarungen und Aktivitäten

wurden schon vor dem Ukrainekrieg schrittweise eingestellt – unter anderem infolge der Aufkündigung des Open Skies Treaty durch die Trump-Regierung im Jahr 2020.⁵⁰ Detaillierte Vorschläge zur schrittweisen Wiederaufnahme eines gegenseitigen und freiwilligen Austausches von Informationen über Standorte und Truppenbewegungen bis hin zur Festlegung von Regeln zum Umgang bei Begegnungen auf See und in der Luft, wurden von zivilgesellschaftlicher Seite erarbeitet und könnten wieder aufgegriffen werden.⁵¹ Ein absehbarer Knackpunkt wird dabei die Frage der grenznahen Stationierung von Streitkräften und insbesondere von Mittelstreckenraketen sein, denn durch die Aufnahme Finnlands und vorher der baltischen Staaten in die NATO hat sich die Länge der direkten Grenze zwischen Russland und der NATO auf gut 2500 km verdoppelt. Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt der Rüstungskontrolle bezieht sich auf die Atomwaffenarsenale. Auch hier wurden bestehende Strukturen seit den 2000er Jahren aufgelöst. Gleichzeitig erscheint eine reine Wiederbelebung bilateraler Abkommen zwischen Russland und den USA bzw. der NATO angesichts der gewachsenen Bedeutung anderer globaler Akteur:innen, allen voran China, wenig aussichtsreich. Neue Ansätze, wie etwa der Vorschlag einer „verhaltensorientierten Rüstungskontrolle“, zeigen hier Auswege auf, indem zunächst eigene Verhaltensstandards im Umgang mit Atomwaffen definiert, umgesetzt und in entsprechende Gespräche mit anderen Akteur:innen eingebracht werden könnten.⁵²

5.3 Gemeinsame Institutionen

Überlegungen zu vertrauensbildenden Maßnahmen und zur Rüstungskontrolle bringen die Frage mit sich, in welchem Rahmen diese Aktivitäten auf Dauer organisiert werden können. Die bisher benannten Elemente deuten im Prinzip auf eine Wiederbelebung der früheren Sicherheitsarchitektur hin, insbesondere der OSZE. Doch angesichts der Probleme und Konflikte, die zum Scheitern dieser Sicherheitsarchitektur geführt haben, ist eine bloße Reform dieser Institution nicht ausreichend.⁵³ Um überhaupt wieder eine institutionelle Grundlage zu schaffen, wäre ein grundlegender Diskussionsprozess notwendig, in dem ein neues gemeinsames Verständnis von Sicherheit zwischen Russland und Europa erarbeitet und in entsprechenden Institutionen verankert werden würde.⁵⁴ Die Erweiterung und starke Aufwertung der NATO im Vorfeld und jetzt in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine muss dabei zunächst als Realität anerkannt werden, auch wenn sie einer solchen Verständigung mittelfristig im Weg steht. Insbesondere die Angst der osteuropäischen NATO-Mitglieder vor einer erneuten russischen Aggression und die damit zusammenhängende Forderung nach Sicherheitsgarantien gegen Russland darf auch aus linker Perspektive nicht abgetan werden. Es bleibt aber auch richtig, dass zwischenstaatliche Sicherheit durch Abschreckung und Aufrüstung immer prekär ist und gefährliche Wirkungen hat. Zu einem fortgeschrittenen Zeitpunkt sollte ein neuer Verhandlungsprozess mit Russland deshalb als denkbare Perspektive die Auflösung der NATO als Bündnis gegen Russland zugunsten eines gemeinsamen Sicherheitssystems mit gegenseitigen Garantien beinhalten.⁵⁵ Das ist nicht zuletzt eine wichtige Lehre aus den Entwicklungen der 1990er und 2000er Jahre, in denen auf eine unvollständige Entspannung neue Eskalation folgte.

5.4 Abrüstung

Ein positiver Frieden als Prozess und Zielsetzung linker Politik macht bei der Stabilisierung bestehender Verhältnisse nicht halt. Mit Rüstungskontrolle allein ist es daher nicht getan.⁵⁶ Aus

linker Perspektive muss eine europäische Sicherheitsarchitektur darüber hinaus den Abbau militärischer Kapazitäten mit dem langfristigen Ziel ihrer vollständigen Abschaffung beinhalten. Allerdings läuft die aktuelle Aufrüstungsdynamik in die entgegengesetzte Richtung. Die NATO beziffert das Wachstum der eigenen Verteidigungsausgaben für 2023 mit voraussichtlich 8,3% auf dann ca. 1,1 Billionen US-Dollar.⁵⁷ Die russischen Militärausgaben sind 2022 nach Angaben von SIPRI um 9,2% gewachsen.⁵⁸ Auch wenn sie nach Beginn des Krieges mittlerweile noch deutlich stärker ansteigen, sind die russischen Ausgaben allerdings um ein Vielfaches niedriger als die kombinierten Militärausgaben der NATO-Staaten.⁵⁹ In Europa wird dieses Geld aktuell dazu verwendet, um neben der über Jahrzehnte aufgebauten weltweiten Interventionsfähigkeit der Streitkräfte wieder verstärkt Einheiten für die konventionelle Kriegsführung gegen Russland aufzubauen und auszurüsten. Auf den Verlauf des Ukrainekrieges wird diese Aufrüstung genauso wenig Einfluss haben, wie vorherige Aufrüstungsrunden, die eine gegenüber der NATO schon vorher zahlenmäßig weit unterlegene russische Armee nicht vom Angriff abgeschreckt hat.⁶⁰ Um die Rüstungspirale in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur zu durchbrechen, braucht es einen Aushandlungsprozess, der von Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Transparenz über Regelungen zur Begrenzung von Waffensystemen und Stationierungen bis zur Ausmusterung von Waffen und der schrittweisen Verkleinerung militärischer Kontingente reicht. Verhandlungen über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte können an Vorschläge zur Überarbeitung und Erweiterung des KSE-Vertrages anknüpfen.⁶¹ Eine Ausweitung der Abrüstungsbemühungen auf unkonventionelle Formen der Kriegsführung (Cyberattacken, Unterstützung irregulärer bewaffneter Verbände, usw.) erscheint vor dem Hintergrund jüngster Erfahrungen und aktueller Militärdoktrinen ebenfalls sinnvoll zu sein.⁶²

Nach dem Ende des Ukrainekrieges und angesichts des finanziellen Ungleichgewichts ist eine massive konventionelle Übermacht der NATO gegenüber Russland aufgrund der dort erlittenen Verluste absehbar. Selbst wenn zunächst an dem Ziel festgehalten wird, die Verteidigungsfähigkeit gegen etwaige russische Angriffe aufrechtzuerhalten, sind damit auch einseitige Schritte zur Abrüstung auf dem Weg zur Entspannung denkbar. Weitere Ansatzpunkte zur konventionellen Abrüstung im Rahmen einer neuen Sicherheitsarchitektur können Konventionen zum Verbot spezifischer Waffensysteme sein. Bestehende Abkommen wie die Biowaffen- und Chemiewaffenkonventionen oder die UN-Waffenkonvention über bestimmte konventionelle Waffen können hier als Vorbild dienen. Aktuell mit wenig Erfolg verhandelte Initiativen, wie die zum Verbot bzw. zur Regulierung autonomer Waffensysteme,⁶³ bieten ebenso Felder, auf denen Abrüstung zwischen Europa und Russland exemplarisch vorangetrieben werden könnte. Neben konventionellen Waffen, deren Kontrolle und Begrenzung zur Entschärfung der Ost-West-Konfrontation wieder wichtiger werden muss, sollten die Atomwaffenarsenale ein weiteres Feld der Abrüstungspolitik sein. Wie eingangs erwähnt, hat die Bedrohung durch (modernisierte) Atomwaffen in Europa wieder drastisch zugenommen. Gleichzeitig hat sich die Idee der nuklearen Abschreckung auch im Ukrainekrieg einmal mehr als wenig friedensfördernd erwiesen.⁶⁴ Die Rolle europäischer Staaten als untergeordnete Akteur:innen im Verhältnis zur Nuklearmacht USA macht Europa ein Stück weit abhängig von Verhandlungen zwischen den USA, Russland und ggf. anderen Akteur:innen. Das heißt aber nicht, dass europäische Staaten keinen Handlungsspielraum hätten, etwa in Bezug auf die eigenen Arsenale in Frankreich und Großbritannien, die

Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen oder bezogen auf die Aufstellung von Raketenabwehrsystemen. In diesen Feldern gäbe es durchaus Verständigungsmöglichkeiten zwischen Europa und Russland, ohne auf globale Abkommen warten zu müssen. Darüber hinaus besteht in diesem Feld auch die Chance zur Ergreifung einzelstaatlicher Initiativen wie z.B. eine deutsche Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages als vertrauensbildende Maßnahme.

5.5 Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit

Einen konkreten Zwischenschritt auf dem Weg zu umfassender Abrüstung stellt der Umbau der Streitkräfte hin zu reinen Verteidigungsarmeen dar. Entsprechende Konzepte entstanden in den 1980er Jahren und wurden unter der Überschrift „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ diskutiert.⁶⁵ Die Debatte um strukturelle Nichtangriffsfähigkeit wurde unter anderem unter Militärs und innerhalb der SPD intensiv geführt⁶⁶, verschwand dann aber mit dem vorläufigen Ende der Blockkonfrontation wieder aus der Öffentlichkeit. Auch wenn das Konzept in der Diskussion mit sehr unterschiedlichen Bedeutungen gefüllt wurde, kann unter struktureller Nichtangriffsfähigkeit im engeren (militärischen) Sinne eine Ausrichtung der Streitkräfte auf effektive Verteidigung des Territoriums verstanden werden, die offensive raumgreifende Operationen ausschließt.⁶⁷ Davon betroffen wären Aspekte von Organisation und Struktur bis hin zu Bewaffnung und Strategie des Militärs. Während strukturelle Nichtangriffsfähigkeit im engeren Sinne von manchen als ein Instrument sicherheitspolitischer Stabilität gedacht war, sahen andere darin schon früh unter dem Motto „Durch Umrüstung zur Abrüstung“ einen Weg zur umfassenderen Abrüstung.⁶⁸ So verstanden passt das Konzept auch heute zum Anspruch linker Friedenspolitik. Unter anderem bietet es den Vorteil, dass es auch einseitig angewandt werden kann, eine Umsetzung in Europa also nicht direkt von Vereinbarungen mit Russland abhängen würde. Allerdings sind westliche Armeen nach mehreren Jahrzehnten der Ausrichtung auf Auslandseinsätze heute grundlegend anders strukturiert, als zu Zeiten dieser Debatte in den 1980er Jahren. Das Konzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit wieder aufzugreifen, bedeutet daher als erstes beim Abbau der Mittel für globale Interventionen anzusetzen (z.B. Spezialkräfte der Infanterie, weitreichender Lufttransport, und betankung, „expeditionsfähige“ Marineeinheiten, usw.). Im Anschluss kann die Diskussion um den Um- und Abbau der verbliebenen Streitkräfte aufgenommen werden.

5.6 Friedliche Außenpolitik

Eine Politik, die auf Verständigung und Deeskalation setzt, muss nicht nur im militärischen Bereich grundlegende Änderungen vornehmen. Insgesamt muss die Außenpolitik dazu unter Verzicht auf Gewaltmittel neu ausgerichtet werden. Orientierungspunkte sind dabei linke Ansätze zur zivilen Konfliktbearbeitung und -prävention, die auf eine nicht-kriegerische Austragung von Konflikten mittels Verhandlung, Mediation, etc. setzen.⁶⁹ Dieser Ansatz ist nicht zu verwechseln mit einem passiven Rückzug ins Nationale. Vielmehr würde das internationale Eintreten für Gewaltlosigkeit und zivile Konfliktbearbeitung ein wichtiges Handlungsfeld einer auf Transformation ausgerichteten Sicherheitsarchitektur ausmachen.⁷⁰ In diesem Zusammenhang ist außerdem der Umgang mit Rüstungsexporten relevant. Als Mittel zur Schaffung von Frieden und Stabilität sind diese ohnehin ungeeignet und in bestehenden Konfliktsituationen begünstigen sie nur die Eskalation militärischer Gewalt.⁷¹ Par-



Campaign for Nuclear Disarmament, CC BY 2.0, via Wikimedia Commons

allel zu eigenen Abrüstungsbemühungen sind Rüstungsexporte im Sinne einer friedlichen Außenpolitik daher einzustellen. Schließlich gehört dazu eine konsequent auf Bewegungsfreiheit ausgerichtete Asyl und Migrationspolitik, die Krieg und globale soziale Ungleichheit als wesentliche Fluchtursachen erkennt und bekämpft.⁷² Insgesamt ist eine Neuausrichtung der Außenpolitik so als Teil einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa zu betrachten, denn sie hilft den Raum zu öffnen, in dem zwischenstaatliche Konflikte an ihren gesellschaftlichen Grundlagen bearbeitet und internationale Beziehungen befriedet werden können.

Die dargestellten Konzepte lassen sich in einer neuen Sicherheitsarchitektur verbinden, die eine Alternative zur andauernden Konfrontation unter dem Motto „Sicherheit vor Russland“ darstellt. Annäherung und Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Transparenz sind Einstiegspunkte auf Basis der Einsicht, dass Sicherheit langfristig nun gemeinsam mit früheren oder aktuellen Gegner:innen erreicht werden kann. Aus linker Perspektive ist es beim Nachdenken über eine Sicherheitsarchitektur aber wichtig, nicht bei der Stabilisierung eines potentiellen Nachkriegs-Status-quo stehen zu bleiben. Eine progressive Alternative sollte stattdessen als fortschreitender Prozess betrachtet werden, der weitere Schritte der Abrüstung und einen grundlegenden Wandel der Außenpolitik beinhaltet und diese mit anderen Ansätzen zur gesellschaftlichen Transformation verknüpft. Nur so kann diese Struktur ein Mittel auf dem Weg in Richtung einer gerechteren, freieren und nicht zuletzt gewaltloseren Gesellschaft im Sinne des positiven Friedens sein.

6. Friedenspolitik heute – Vorgehen in schwierigem Gelände

Der Überfall Russlands auf die Ukraine kam für viele Beobachter:innen überraschend. Damit sind neue Dimensionen der Eskalation zwischen Russland und dem Westen erreicht, die vorher kaum vorstellbar schienen. Die Zukunft Europas ist damit nicht nur in sicherheitspolitischer Hinsicht so unvorhersehbar, wie lange nicht mehr. Für manche liegt die Versuchung nahe, zur vermeintlichen Stabilität früherer Verhältnisse der geteilten Einflussphären zurückzukehren. Gerade aus Sicht der osteuropäischen und ukrainischen Linken kann diese Vergangenheit aber kein Modell für die Zukunft sein.⁷³ Das wird umso deutlicher, wenn die vielen Kriege weltweit mit in den Blick genommen werden, an denen Russland und EU/NATO schon vorher beteiligt waren und immer noch sind. Eine neue Friedensordnung in Europa unter Einschluss Russlands muss stattdessen progressiv sein, das heißt sie muss Wege zur gesellschaftlichen Veränderung öffnen, indem sie Gewalt als Mittel der Konfliktbearbeitung aber auch als Herrschaftsinstrument ächtet und verdrängt.

Sich in die öffentliche Debatte mit Vorschlägen für progressive Alternative zur herrschenden Politik einzubringen, ist ein wichtiges Handlungsfeld linker Politik. Die Schwierigkeiten einer Politik mit „Staatsperspektive“ (s.o.) lassen es aber notwendig erscheinen, auch andere Wege zu suchen, um die Ziele linker Friedenspolitik zu erreichen. Ingar Solty spricht in diesem Zusammenhang von „transformatorischem Bewegungs-

internationalismus“⁷⁴, der auf realen Verknüpfungen zwischen progressiven Bewegungen über Grenzen hinweg aufbaut. Die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN)⁷⁵ ist eine solche Bewegung, aber auch die Einbeziehung internationaler Positionen auf der friedenspolitischen Gewerkschaftskonferenz⁷⁶ im Juni 2023 in Deutschland gehen in diese Richtung. Ein bemerkenswertes Beispiel sind die Aktivitäten der Transnational Social Strike Platform, die schon im Juli 2022 ein „Manifest für eine Transnationale Friedenspolitik“ aus ihrer Bewegungsperspektive erarbeitet hat und dieses seither im Rahmen einer „permanenten Versammlung gegen den Krieg“ vorantreibt.⁷⁷ Zu Beginn des Manifests heißt es: „Wir kommen aus unterschiedlichen Orten und Kontexten, aber als Subjekte, die hauptsächlich im europäischen Raum leben, erkennen wir die Notwendigkeit an, Europa zu einem Feld der Auseinandersetzung zu machen. Wir glauben, dass es an der Zeit ist, mutig genug zu sein, um eine transnationale Politik für ein besseres Leben zu denken und zu praktizieren, frei von Unterdrückung, Armut, Rassismus und Patriarchat.“⁷⁸ Diese und andere Ansätze transnationaler linker Friedenspolitik in Europa schaffen sowohl Hoffnung als auch praktische Handlungsmöglichkeiten, die unbedingt ausgebaut werden sollten. Schließlich gilt es zu verhindern, dass im Rahmen einer konfrontativen Sicherheitsarchitektur von der Leyens eingangs zitiertes „lang lebe Europa!“ früher oder später zum Schlachtruf des nächsten heißen Krieges wird.

Anmerkungen

- 1 ICAN (2023): Wasted: 2022 Global Nuclear Weapons Spending. URL: https://assets.nationbuilder.com/ican/pages/3785/attachments/original/1686495965/ICAN_Spending_Report_2023_sm.pdf (18.06.23).
- 2 Interview im Tagesspiegel, 27.4.23, S. 20-21.
- 3 Wagner (2022): Ein strategischer Kompass für Europas Rückkehr zur Machtpolitik. URL: <https://www.imi-online.de/download/RLS-Kompass.pdf> (23.08.23).
- 4 Rede bei GLOBSEC, 31.5.23. URL: <https://www.elysee.fr/front/pdf/elysee-module-21303-en.pdf> (22.06.23).
- 5 Rede bei GLOBSEC, 31.5.23. URL: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_23_2993 (22.06.23).
- 6 „Warum die OSZE so unverzichtbar ist“, Kommentar im Handelsblatt, 02.06.2023.
- 7 Interview im Spiegel, 31.12.2022. URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/debatte-ueber-neuen-russland-kurs-regime-change-muss-ziel-deutscher-politik-sein-a-f2f65801-4d17-4fae-bca4-6fec8599651> (23.08.23).
- 8 Frye (2022): Why Regime Change in Russia Might Not Be a Good Idea. URL: <https://www.politico.com/news/magazine/2022/04/12/regime-change-russia-putin-00023953> (11.07.23).
- 9 Menon; DePetris (2022): Those desiring regime change in Russia should be careful what they wish for. URL: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/sep/30/those-desiring-regime-change-in-russia-should-be-careful-what-they-wish-for> (11.07.23).
- 10 Burkhardt (2023): Wie kann Russland ohne Putin aussehen? URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/chodorkowski-kreml-putin-gegner-ukraine-krieg-russland-100.html> (11.07.23).
- 11 Interview in meduza, 18.04.2023. URL: <https://meduza.io/en/feature/2023/04/18/this-regime-is-not-subject-to-evolution> (11.07.23).
- 12 <https://neue-entspannungspolitik.berlin> (11.07.23).
- 13 Schuster (2023): Was ist der beste Ausweg aus dem Krieg in der Ukraine? URL: <https://www.telepolis.de/features/Was-ist-der-beste-Ausweg-aus-dem-Krieg-in-der-Ukraine-8149425.html?seite=all> (11.07.23).
- 14 Euractiv (2022): ‘Element of détente’ after French president’s Russia visit. URL: <https://www.euractiv.com/section/global-europe/news/element-of-detente-after-french-presidents-russia-visit/> (11.07.23).

- 15 Solty (2016): Exportweltmeister in Fluchtursachen, S. 55-57. URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studie_05-2016_Exportweltmeister.pdf (22.06.23).
- 16 Koddenbrock (2022): Kapitalismus und Krieg, Wirtschaft und Gewalt. URL: <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/kapitalismus-und-krieg-wirtschaft-und-gewalt/> (24.06.23).
- 17 Deppe u.a. (2004): Der neue Imperialismus. Heilbronn: Distel Verlag.
- 18 Demirović u.a. (Hg.) (2011): VielfachKrise. Hamburg: VSA-Verlag.
- 19 Buzan (1991): People, States and Fear. Hertfordshire: Harvester Wheatsheaf.
- 20 United Nations Trust for Human Security (2023): What is Human Security. URL: <https://www.un.org/humansecurity/what-is-human-security/> (29.06.2023).
- 21 Pingeot; Obenland (2014): In whose name? URL: https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/In_whose_name_web.pdf (29.06.23).
- 22 ebd., S. 32-45.
- 23 Mallavarapu (2013): Schutzverantwortung als neues Machtmittel? In: APuZ 37/2013, S. 3-4.
- 24 Marischka (2005): Menschliche Sicherheit. URL: <https://www.imi-online.de/download/IMI-Studie-2005-01bCM-HSD.pdf> (29.06.23).
- 25 Booth (Hg.) (2005): Critical Security Studies and World Politics. Boulder: Lynne Rienner, S. 21-23.
- 26 Galtung (1975): Strukturelle Gewalt. Reinbek: Rowohlt; Senghaas (Hg.) (1980): Imperialismus und strukturelle Gewalt. 5. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- 27 Wuchold (2023): Positiver Frieden. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/abc/positiver-frieden/> (29.06.23).
- 28 Berndt (2007): Die „Neue Europäische Sicherheitsarchitektur“. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 89-91.
- 29 Solty a.a.O., S. 55.
- 30 Jokisch (2023): Konturen alternativer Sicherheitsarchitekturen in Europa, S. 2. URL: <https://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2023-18-Sicherheitsarchitektur.pdf> (30.06.23).
- 31 Jaitner (2015): Ressourcen-Extraktivismus oder Re-Industrialisierung?, In: Prokla 45/181. URL: <https://www.prokla.de/index.php/PROKLA/article/view/198/165> (03.07.23).
- 32 Cedillo (2023): Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine. Wien: transversal, S. 201-207. URL: <https://transversal.at/media/dieser-krieg-endet-nicht-in-der-ukraine.pdf> (03.07.23).
- 33 Khazanov (2002): Russischer Nationalismus heute – zwischen Osten und Westen. URL: <https://www.eurozine.com/russischer-nationalismus-heute-zwischen-osten-und-westen/?pdf> (03.07.23).
- 34 Bluhm (2022): Die Ideologie hinter Russlands Krieg. URL: <https://www.zois-berlin.de/publikationen/zois-spotlight/die-ideologie-hinter-russlands-krieg> (04.07.23).
- 35 Cedillo a.a.O., S. 83-89.
- 36 Wagner (2022): Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges. URL: <https://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2022-6-NATO-Prolog.pdf> (04.07.23).
- 37 Bohle (2017): European Integration, Capitalist Diversity and Crises Trajectories on Europe’s Eastern Periphery. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563467.2017.1370448>
- 38 Zagorski (2009): Der russische Vorschlag für einen Vertrag über europäische Sicherheit: von der Medwedew-Initiative zum Korfu-Prozess. URL: <https://ifsh.de/file-CORE/documents/jahrbuch/09/Zagorski-dt.pdf> (27.10.23).
- 39 Fischer (2021): Moskaus Verhandlungsoffensive. URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/moskaus-verhandlungsoffensive> (27.10.23).
- 40 Schneider (2022): Ende der Abrüstung. URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/internationale-sicherheit-2022/513510/ende-der-abruestung/> (05.07.23).
- 41 Ehrhardt (2023): Atomwaffen: Was die Aussetzung des New-

11 IMI-Studie 3/2023

- START-Vertrags bedeutet. URL: <https://www.freitag.de/autoren/hans-georg-ehrhart/new-start-vertrag-naechste-stufe-gezuendet> (05.07.23).
- 42 Schmidt (2015): Der lange Abschied Russlands von KSE. <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/der-lange-abschied-russlands-von-kse/> (05.07.23).
- 43 Wuchold; Leidecker (2022): Eine neue Sicherheitsarchitektur. URL: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1163009.linke-krieg-und-frieden-eine-neue-sicherheitsarchitektur.html> (10.07.23).
- 44 Fischer (2022): Die Hoffnung auf eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur nicht aufgeben. URL: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/507623/die-hoffnung-auf-eine-gesamteuropaeische-friedens-und-sicherheitsarchitektur-nicht-aufgeben/> (10.07.23).
- 45 Debiel (2022): Putins Krieg wird irgendwann enden - auf 5 Punkte sollten wir uns vorbereiten. URL: https://www.focus.de/politik/experten/gastbeitrag-von-tobias-debiel-fuenf-fakten-gegen-unsere-ratlosigkeit-ueber-putins-krieg-in-der-ukraine_id_136565641.html (10.07.23).
- 46 Fischer, a.a.O.
- 47 Lutz; Müller (Hg.) (1982): Vertrauensbildende Maßnahmen. Baden-Baden: Nomos.
- 48 Wulf (2022): Escalation, De-escalation and Perhaps – Eventually – an End to the War? S. 12. URL: https://toda.org/assets/files/resources/policy-briefs/t-pb-128_escalation-and-de-escalation_wulf.pdf (11.07.23).
- 49 Vieluf (2021): Vertrauen ist gut, Rüstungskontrolle ist besser. URL: https://wissenschaft-und-frieden.de/dossier/mehr-gemeinsame-sicherheit-wagen/#index_7 (12.07.23).
- 50 Finckh-Krämer (2021): Vertrauensbildende Maßnahmen. URL: https://wissenschaft-und-frieden.de/dossier/mehr-gemeinsame-sicherheit-wagen/#index_4 (11.07.23).
- 51 ebd.
- 52 Kühn (2023): Verhaltensorientierte Rüstungskontrolle. URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/950448/c5bdfff4b9611548819a133860c23048/Stellungnahme-Dr-Ulrich-Kuehn-data.pdf> (11.07.23).
- 53 Fischer, a.a.O.
- 54 Wulf, a.a.O., S. 12.
- 55 Jokisch, a.a.O., S. 4-5.
- 56 Vieluf, a.a.O.
- 57 NATO (2023): Defence Expenditure of NATO Countries (2014-2023). URL: https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2023/7/pdf/230707-def-exp-2023-en.pdf (12.07.23).
- 58 SIPRI (2023): SIPRI Yearbook 2023. Summary. S. 8. URL: https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-06/yb23_summary_en_1.pdf (12.07.23).
- 59 Der direkte Vergleich zwischen russischen und NATO-Ausgaben ist schwierig, weil manche Kosten in Schattenhaushalten versteckt werden, vor allem aber weil spezifische Kaufkraftunterschiede schwer zu berechnen sind. Siehe dazu: Wahl (2023): Die internationale Vergleichbarkeit von Militärausgaben und der Big-Mac-Index. URL: <https://www.isw-muenchen.de/online-publikationen/texte-artikel/5141-die-internationale-vergleichbarkeit-von-militaerausgaben-und-der-big-mac-index> (27.10.23). Je nach Berechnungsansatz gibt die NATO zwischen sechsmal und neunzehnmal mehr Geld für das Militär aus als Russland. Siehe dazu: Tagesspiegel, 31.03.23, „Laut jüngstem Bericht: Verteidigungsausgaben der Nato-Staaten deutlich gestiegen“. URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/verteidigungsausgaben-der-nato-staaten-deutlich-gestiegen-5139610.html> (12.07.23); Bayer; Mutschler (2022): Aufrüstung der Bundeswehr. Greenpeace. URL: https://www.greenpeace.de/publikationen/neu_s03891_gp_aufruestung_kurzstudie_03_22.pdf (18.10.23).
- 60 Schwoerer (2022): Wollen wir die drittgrößte Militärmacht werden? URL: <https://www.fr.de/politik/wollen-wir-die-drittgroesste-militaermacht-werden-91464630.html> (12.07.23).
- 61 Hartmann; Schmidt (2011): Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa – Wege in die Zukunft. URL: https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_downloads/report0611.pdf (12.07.23).
- 62 Fischer, a.a.O.
- 63 Dahlmann (2023): Autonome Waffensysteme und menschliche Kontrolle. URL: <https://www.bundestag.de/resource/blob/950446/ab765754d1a2b6bf6591e1c758474181/Stellungnahme-Anja-Dahlmann-data.pdf> (12.07.23).
- 64 Finckh-Krämer (2020): Mythos nukleare Abschreckung. URL: <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/mythos-nukleare-abschreckung/> (12.07.23).
- 65 Bahr; Lutz (Hg.) (1988): Gemeinsame Sicherheit Konventionelle Stabilität. Baden-Baden: Nomos;
- 66 Zur Kritik: Krause (1987): Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen europäischer Entspannungspolitik. URL: <https://www.jstor.org/stable/24229433> (13.07.23).
- 67 Bahr; Lutz, a.a.O., S. 35.
- 68 ebd., S. 20; 26-27.
- 69 Van Aken (2018): Zivile Krisenprävention Links Denken. In: Solty (Hg.): Eine Welt Ohne Gewalt, S. 5-14. URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien26_Eine_Welt.pdf (13.07.23).
- 70 Gärtner (2015): Thesen zur engagierten Neutralität. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/59057/ssoar-2015-gartner-Thesen_zur_engagierten_Neutralitat.pdf (13.07.23).
- 71 Von Boemcken; Grebe (2013): Schaffen Waffen Frieden und Stabilität? In: APuZ 37/2013, S. 28-33.
- 72 Medico international; Pro Asyl; Brot für die Welt (2017): Flucht(ursachen)bekämpfung. URL: https://www.medico.de/fileadmin/user_upload/media/fluchtursachenbekaempfung.pdf (13.07.23).
- 73 Bilous (2022): Eastern Europe’s Tragedy. How the Spheres of Influence Policy Amplifies Reaction. URL: <https://commons.com.ua/en/tragediya-shidnoyi-yevropi-i-sfery-vplyvu/> (14.07.23).
- 74 Solty, a.a.O., S. 56-57.
- 75 URL: <https://www.icanw.org/> (14.07.23).
- 76 URL: <https://www.igmetall-hanau-fulda.de/aktuelles/meldung/dokumentation-friedenskonferenz> (14.07.23).
- 77 URL: <https://www.transnational-strike.info/projects/permanent-assembly-against-the-war/> (14.07.23).
- 78 TSS Platform (2022): Manifest für eine Transnationale Friedenspolitik. URL: <https://www.transnational-strike.info/2022/07/18/manifest-fur-eine-transnationale-friedenspolitik/> (10.07.23).

Spendenaufruf

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornsteden in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Informationsstelle Militarisation (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militarierungsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten. Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:
www.imi-online.de/mitglied-werden

Jede Form der Unterstützung ist sehr willkommen!



Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.**
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

